

Histörchen

Fundstücke aus dem Universitätsarchiv

Geschichte besteht nicht zuletzt aus Geschichten, da macht die Historie der Universität keine Ausnahme. Mit dieser Kolumne in der Universitätszeitung "Bremer Uni-Schlüssel" (BUS) möchte das Uni-Archiv zum Mosaik der Geschichte der Bremer Universität beitragen.

Ein Instrument nationaler Wirtschaftsförderung

Die Beschaffung eines neuen Großrechners für die Universität Bremen erregte Ende der 1970er Jahre das Interesse der überregionalen Presse. Auch die *Londoner Financial Times* nahm von den ungewöhnlichen Vorgängen Notiz. Das *Computer-Magazin* widmete der Auseinandersetzung zwischen der Universität, der Bildungsbehörde, dem Bremer Rechnungshof, zwei Bundesministerien sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Extraausgabe. Was war geschehen?

Mit einem klaren Favoriten hatte die Ausschreibung der Universität im März 1978 geendet. Die Experten der Kommission für Rechenanlagen bei der DFG empfahlen aufgrund von Leistungsvergleichen einhellig das Angebot der Firma US-Burroughs. Daraufhin unterzeichnete der Uni-Kanzler Hans-Heinrich Maaß, der schon die Beschaffung des Vorläufermodells Iris 80 reibungslos umgesetzt hatte, einen Vorvertrag mit der Firma Burroughs in berechtigter Erwartung, die notwendige Zustimmung des Bremer Senats sei bei einer so klaren Bewertung reine Formsache.

Aus einer anderen Perspektive beurteilte jedoch das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) die Sachlage. Es machte dem Bremer Bildungssenator Horst Werner Franke (SPD) deutlich, dass der beantragte 85-Prozent-Zuschuss aus dem 3. Datenverarbeitungsförderungsprogramm nur bei Erwerb eines Siemens-Rechners fließen würde. Siemens hatte sich mit der Weiterentwicklung des einst sehr erfolgreichen Modells 4004 beworben, welches die bundesdeutschen Behörden bei der



Mitarbeiter des Rechenzentrums vor der bereits installierten Schalttafel für den Burroughs-Rechner. (Foto: Bernd Czyz, 26.09.1980, Nutzungsrechte: Universitätsarchiv)

Rasterfahndung nach Mitgliedern der Roten Armee Fraktion unterstützte und östlich der Elbe der DDR-Staatssicherheit die Verwaltung ihres Westagenten-Netztes erleichterte. Die neue Siemens Baureihe 7000 hatte die Experten jedoch weniger überzeugt, sie lag um den Faktor 2-3 hinter der Leistungsfähigkeit des Favoriten Burroughs 7821 und errang in der Ausschreibung nur den 5. Platz.

Nach dem Veto des BMFT blockierte Franke die anberaumte Abstimmung des Bremer Senats und wies die Universität an, ein nachgebessertes Angebot der Firma Siemens „wohlwollend“ zu prüfen und die Ausschreibung vorsichtshalber aufzuheben. Es kam zum Eklat. Die Universität beharrte auf der getroffenen Wahl mit dem Argument der höheren Leistungsfähigkeit des ausgewählten Systems sowie den formalen Restriktionen des

Ausschreibungsprozesses. Zwar sahen die Kriterien des Förderprogrammes eine Bevorzugung inländischer Unternehmen vor, aber nur bei einer vergleichbaren Rechenleistung. Letztes Kriterium nahm Franke zum Anlass, in Nachverhandlungen mit der Firma Siemens zu treten, bei denen er wohl auch das konkrete Angebot der Firma Burroughs als überzeugendes Argument eingeführt haben dürfte. Siemens besserte daraufhin das ursprüngliche Angebot mehrmals nach.

Die Firma Burroughs insistierte zunächst erfolgreich beim Bundeswirtschaftsministerium mit dem Verweis auf die Ausschreibungsbedingungen. Franke beharrte jedoch auf seiner Position und verbot der Universität den Aufbau des zwischenzeitlich von Burroughs gelieferten Systems. Auch die Argumente des Bremer Rechnungshofes und eine Klagedrohung von Burroughs konnten den Bildungssenator nicht von einer Revision seiner Auffassung überzeugen. Die Universität akzeptierte schließlich die Beschaffung des Systems, welches sich zum Zeitpunkt der Bestellung noch in der Entwicklung befand. Ein DFG-Gutachter urteilte abschließend, er halte es für „verantwortungslos und leichtfertig, wenn anhand von Zusagen und Versprechungen eines Rechnerherstellers Anlagen für die öffentliche Hand erworben werden“.

Gestärkt hatte Frankes Beharrlichkeit, so mutmaßte der Spiegel damals, der Zuschlag des BMFT für Bremen als Standort für ein zu gründendes Polarinstitut (AWI). Die unorthodoxe Verfahrensweise des Bildungssenators war kennzeichnend für den zunehmenden Autonomieverlust der Bremer Universität gegenüber der Behörde. Dieses Defizit konnte auch die schriftliche Urteilsbegründung des Bremer Landesgerichts nicht kompensieren, welche keinerlei Schuld seitens der Universität, der Bildungsbehörde oder dem BMFT feststellte, sondern die Klage der Firma Burroughs mit der Begründung abwies, hier sei der Staat im Interesse der „Daseinsfürsorge“ wirtschaftslenkend tätig gewesen. Dass es sich bei der schließlich in Betrieb genommenen Anlage um einen umgelabelten japanischen Fujitsu-Rechner handelte, für den sich Siemens in Europa die Alleinvertretungsansprüche gesichert hatte, sei hier nur am Rande erwähnt.